

Al-Quds-Tag 2008

Tut man Ihnen zu viel Ehre oder ist es besser nach dem Motto „Wehret den Anfängen“ zu handeln? Diese Frage stellte sich dieses Jahr, nachdem die Quds-AG der islamischen Gemeinden der Schiiten in Deutschland wie schon in den Jahren zuvor dazu aufrief, den Quds-Tag „im Namen des Barmherzigen“ zu begehen: „All diejenigen, die an den einzigen Gott glauben – auch die Konfessionslosen und diejenigen, die für die Gerechtigkeit und den Frieden und gegen Unterdrückung, Krieg, Atomwaffen, und Terrorismus sind, werden aufgerufen einmal im Jahr für eine bessere Welt gemeinsam zu marschieren. Für eine Welt, in der wir Völker uns nicht wegen Öl, Gas, Wasser, Rohstoffen und Absatzmärkten bekriegen. Wir wollen uns gemeinsam um die grundlegenden Probleme der Menschheit kümmern. Wir wollen gemeinsam die Ursachen der Gewalt und der Ungerechtigkeit bekämpfen“. Ein Friedensmarsch der besonderen Art, der sich einer Rhetorik bedient, wie sie aus extremistischem Umfeld wohl bekannt ist. Und deren politisches Weltbild sich, wie man einem Blick auf die neu eingerichtete Internetseite entnehmen kann, offenbar im Aufbau befindet. Erarbeitet hat die Gruppe lediglich den Unterpunkt Deutschland, und hier wird sie drastisch in ihrer Einschätzung:

„Im Namen Gottes. Die fünfte Kolonne Israels. -Teil 1- In den Jahren 2003 bis 2006 hat eine Zionistische Lobby, offenbar angetrieben von der Israelischen Botschaft in Deutschland, eine Kampagne gegen den Qudstag gestartet, um diese einzige unabhängige anti-zionistische Stimme in der Hauptstadt und gar – einige Jahre lang – in Europa zum Schweigen zu bringen. Die Gruppe "Gegen Al-Qudstag", als die fünfte Kolonne Israels, sorgte für Propaganda und diente außerdem dazu demokratischen Druck auszuüben! Sie bestand hauptsächlich aus drittklassigen "ImmigrantenpolitikerInnen", die mit Hilfe der zionistischen Lobby in einige Parteien eingedrungen sind, um die demokratische Struktur zu unterwandern. Sie versuchen eine Art moderne Inquisition gegen die Israelkritiker zu etablieren. Die Gruppe versuchte über das Abgeordnetenhaus Berlin sowie über den Bundestag, Zugang zu Informationen der Behörden über Teilnehmer und Organisatoren zu erhalten und, wo sie es für nötig hielt, auch "demokratischen" Druck auf die Behörden auszuüben.“

Abgesehen davon, dass ich hier das Privileg genießen darf, das Entstehen einer Verschwörungstheorie hautnah beobachten zu können, denn die israelische Botschaft hatte mit dieser demokratischen Initiative nichts zu tun, und abgesehen davon, dass der Monotheismus sich in der Vergangenheit nicht gerade als ausgeprägt friedliche Religion verstanden hat, möchte ich als Initiatorin und damit Betroffene feststellen, dass es hier keinesfalls darum geht, jemanden zum Schweigen zu bringen, sondern darum, demokratie- und israelfeindlicher Hetze ein breites gesellschaftliches Bündnis entgegen zu stellen, zumal Antisemitismus entgegen landläufiger politischer Statements auch in Deutschland ein durchaus noch verbreitetes gesellschaftliches Phänomen ist. Und deshalb ist es auch gut, gerade hier den Anfängen zu wehren und Hassparolen gegen Israel und die USA nicht unwiderrprochen hinzunehmen. Allerdings: schon die vorangegangenen Kundgebungen haben gezeigt, dass es zwar ein breites öffentliches Bekenntnis gegen Antisemitismus gibt, allerdings keine Massen für dieses Anliegen zu mobilisieren sind: Gegen die NPD auf die Straße zu gehen ist eben immer noch etwas anderes als für Israel – wobei es sich im ersten Fall um eine demokratisch legitimierte Partei handelt, weshalb das Interesse der Politik, sie gesellschaftlich zu deligitimieren durchaus verständlich ist, während im zweiten Fall ein scheinbar uninteressantes Bündnis am Werke ist, das unter dem Schlagwort „Gegen Zionismus und Antisemitismus“ in letzter Konsequenz das Existenzrecht des Staates Israels ablehnt. Und das im Namen der Freiheit – die allerdings eine eingeschränkte ist, denn sie ist auf den Monotheismus begrenzt. So haben wir zur Kenntnis zu nehmen: Al Quds ist „ein Ereignis, welches alle Monotheisten –Muwahhedin- der Welt betrifft, die Gläubigen aus der Vergangenheit, die in der Gegenwart und die zukünftigen Gläubigen. Gelten tut dies seit dem Zeitpunkt an dem der Grundstein für die Masjid-Alaqa gelegt wurde und gilt solange unser Planet sich im Universum dreht.“

Das sind hehre Worte und wir tun gut daran wahrzunehmen, dass sie ernst gemeint sind und sich gegen unsere westlichen freiheitlichen Werte richten. Das Schlimme daran ist in diesem Fall allerdings wie so oft in der Geschichte: es handelt sich um eine Bewegung, die daran zu wachsen beginnt, dass sie sich auf ihre Gegner fokussiert, indem sie sich bemüht einen Mythos aufzubauen – nämlich den der Unterdrückung durch eine zionistische Lobby. Dass es den Initiatoren darum geht unter Ausnutzung

des Rechtsstaats die Achillesfersen der Demokratie zu finden steht dabei außer Zweifel: So ist auf dem Aufruf selbst nicht nur die Anweisung zu finden, welche Transparente und Plakate erlaubt sind und was verboten ist, sondern in der „Mitteilung Nr. 1“ findet sich auch der Hinweis: „Die AG hat zwei Rechtsanwälte eingeschaltet, die die rechtsstaatlichen Kapazitäten ausschöpfen, um die Teilnehmer des Qudstages gegen die Repressalien, die durch die deutsche Lobby der Zionisten ausgeübt werden, zu beschützen.“ Mehr als unserem Rechtsstaat zu wünschen, dass seine Juristen wiederum ihr Handwerk gut genug verstehen, bleibt da wohl nicht. Das Flugblatt arbeitet dann auch mit auf den ersten Blick unverfänglichen Forderungen wie: „Die freiwillige Auswanderung [gemeint ist aus Jerusalem] wird geregelt“ und „Der Zugang steht allen Religionsanhängern frei“. Das bedeutet im Klartext allerdings nichts anderes als Vertreibung und Umsiedlung.

Auch dieses Jahr blieb das gegen den Al-Quds-Tag gerichtete Bündnis ein kleiner Kreis – womöglich dem Umstand geschuldet, dass die Abgeordnete der Linken Evrim Baba die Initiative ergriffen und zu der Kundgebung aufgerufen hatte. Unterstützt von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und der jüdischen Gemeinde zu Berlin war dann in kürzester Zeit doch noch ein breites Bündnis zustande gekommen – zumindest auf dem Papier. Vor Ort sah es etwas anders aus. Nur wenige Initiatoren und die in diesem Jahr erstmals beteiligte Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes sowie verschiedene Antifa-Bündnisse waren am Ende noch auf dem Platz, als die Al-Quds Demonstranten mit Transparenten wie "Israel ist eine Bedrohung für den Weltfrieden", "Kein Krieg mehr im Namen der Demokratie" oder "Keine Wiederholung der [sic!] Holocaust gegen Palästinenser" vorbei zogen.

Die Anwesenheit der Antifa erstaunte bei den Forderungen, gegen die das Bündnis sich verwahrte, ebenso wie Ergreifung der Initiative durch die Linke, denn im Aufruf hieß es: „Trotz unterschiedlicher Meinung zu den Konflikten im Nahen Osten rufen die Organisatoren, Unterstützer und Unterstützerinnen zu einer Gegenkundgebung auf. Diese richtet sich gegen: - die Delegitimierung des Staates Israel, - antisemitische, antiisraelische und antiamerikanische Hetze, jegliche Menschenrechtsverletzungen durch das iranische Regime, - Diskriminierungen und Kriminalisierungen von muslimischen Menschen und anderen MigrantInnen, - die Verwendung von Religionen zur Mobilisierung, als Rechtfertigung und zur Ausübung von Gewalt und Krieg, - jede Art des Fundamentalismus und - jeden Versuch den Holocaust zu leugnen oder zu relativieren.“ Darüber hinaus stand die Antifa dann mit dem bemerkenswerten Plakat auf dem Platz: „Das Problem heißt Antisemitismus. Keinen Frieden mit den Feinden Israels!“ Fürwahr ein gewaltiger Schritt in eine neue Politik, der aufhorchen lassen muss. Denn Frieden hatten sich die Kriegsgegner bislang immer auf die Fahne geschrieben – so wie ihre islamistischen Gegner das nun tun. „Kein Frieden“ ist eine neue Parole, die mit der der antifaschistischen Weltanschauung „Nie wieder Krieg“ wohl kaum zu vereinbaren ist und damit in bemerkenswerter Weise auf einen neuen Weg weist. Ob dieser nun gut oder schlecht ist muss sich erweisen. Zumindest scheint ein Sinn für Realität eingekehrt zu sein.

Die Frage, die sich nun stellt, ist allerdings: wäre es schlimm gewesen, wenn die Teilnehmer der Kundgebung nicht mit der Demonstration zusammengetroffen wären? Denn die Kundgebung war längst vorbei als die Demonstration vorbei zog, und ein paar Polizisten versuchten, die wenigen übrig gebliebenen Teilnehmer mit israelischen Fahnen von der Demo fernzuhalten. Dass der Polizei dabei zwischenzeitlich das Augenmaß verloren ging und sie den Antisemitismusbeauftragten der jüdischen Gemeinde zu Berlin, der die Demonstration ohne Fähnchen oder Rufe einfach nur so wie wir auch betrachten wollte, dann mit sanfter Gewalt hinter die Absperrung zurück brachte, führte die Absurdität vor Augen, unter der wir in unserem demokratischen Rechtsstaat manchmal zu leiden haben. Denn das Argument, er sei als Teilnehmer der Kundgebung da Redner zu identifizieren gewesen mag zwar zutreffen, hätte aber genau so für die Vertreterin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft gelten müssen, der ein Blick auf die Demo nicht verwehrt wurde. Offenbar beobachtet die deutsche Polizei mit zweierlei Maß. Eines weitergehenden Kommentars möchte ich mich an dieser Stelle enthalten. Für das Existenzrecht Israels und die Einhaltung der universalen Menschenrechte auch im Iran werde ich mich weiter vorbehaltlos einsetzen.

Nikoline Hansen